

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle... Anmelden bei der Redaktion...

werden die Bezahlungen... Anzeigen-Gehaltsliste...

Nr. 118.

Halle a. S., Freitag, den 11. März.

1910.

Der Fall Mannesmann.

I. C. aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Mannesmann-Affäre droht die Verhandlungen über das Auswärtige Amt vollständig in Beschlag zu nehmen...

Man wird ohne weiteres zugeben können, daß die Haltung unserer Vertreter in Marokko eine recht wechselvolle gewesen ist...

Selbstverständlich ist es Pflicht der deutschen Regierung, die Interessen jedes Deutschen im Zustande zu wahren...

Hat man einmal die Absicht, eine Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten...

Wenn darüber hinaus die deutsche Regierung es durchgesetzt hat, daß das definitiv zu erlassende marokkanische Bergesetz nicht einseitig von französischer Seite bearbeitet wird...

Die Freimüthigen würden ihrer ganzen Vergangenheit, all ihren Prinzipien untreu werden, wenn sie nicht den Standpunkt auch hier vertreten wollten...

Eine offizielle Erklärung in Sachen Mannesmann.

II. Frankfurt, 11. März. Bei der gestrigen Besprechung zwischen Budgetkommissionsmitgliedern aus den verschiedenen Parteien...

Wortlaut der Erklärung eine Einigung erzielt worden, d. h. natürlich eine Einigung zwischen der Regierung und den Mitgliedern der Budgetkommission.

Deutsches Reich.

Die Korffurze.

(Von unserm X-Korrespondenten)

Berlin, 11. März.

Wenn in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine Reise des Kaisers nach dem Mittelmeer und ein Aufenthalt auf Korfu nicht als feststehend bezeichnet wird...

In gut unterrichteten Londoner Kreisen hält man zudem an der Wahrscheinlichkeit fest, daß König Eduard IV. nach seinem Aufenthalt in Biarritz auf der „Victoria und Albert“ eine Mittelmeerreise plant...

Der Nachfolger des Grafen Wedel.

Der Statthalter der Reichslande scheint erledigt zu sein. Es erhebt sich die Frage der Nachfolge.

Der Nachfolger? Einem Kronprinzen böte das letzte Amt gute Gelegenheit zur Einführung in die Herrscherpflicht. (Den Söhnen des Kaisers, die wohl darunter leiden, daß nur ihr Vergnügen der Nation bekannt wird...

Gegen die Angliederung der Privatbeamtenversicherung

an die bestehende Alters- und Invalidenversicherung werden offiziös finanzielle Gründe geltend gemacht...

Der Grundbetrag der Invalidenrente wird bekanntlich nach den 300 Beiträgen der höchsten Lohnklasse berechnet. Sonach hat es der Versicherte also in der Hand, seine Ansprüche sowohl nach dem Grundbetrag, als auch nach den Steigerungsfähigkeiten erheblich zu verhehlen...

Würde heute von dem freiwilligen Uebertritt in höhere Lohnklassen ein festerer Gebrauch gemacht, als es tatsächlich geschieht, so läßt sich bei der gegenwärtigen Invalidenversicherung ein ungünstiger finanzieller Einfluß sich hierdurch geltend machen...

Ueber die Frage, ob Angliederung an die bestehende Versicherung oder ob besondere Kasse, sind unter den Privatangestellten selbst, wie auch unter den Parteien die Ansichten geteilt.

Wie die Konservativen agitieren.

Im Aus dem Wahlkreise D 1 e h o l z e - l o g e - J o h a n n i s - b u r g teilt die „Königs Hart. Zig.“ mit, daß in der vorigen Woche ein großer Anzahl Lehrer, die am Freitag zu der in Johannsburg abgehaltenen konfessionellen Vertrauensmänner-Versammlung dortsin gekommen war...

Auch anderswo erhebt man jetzt wieder merkwürdige Dinge mit der konfessionellen Agitation. So teilt die Wöhrwörreins-Korrespondenz mit, daß am Tage nach der konfessionellen Generalversammlung in Hildesheim, wo Herr v. Hennebrand und der Laia Herrgahn über ihre Getreuen hielt...

Wert der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion.

§ Aus Kreisen der Industrie wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit gehen Mitteilungen durch die Zeitungen, welche die Produktionswerte der verschiedenen Zweige von Industrie und Landwirtschaft einander gegenüberstellen.

Es genügt der Hinweis, daß schon im Jahre 1905 der Wert der in Deutschland produzierten Milch 2600 Millionen Mark betragen hat, mehr als die ganze Textilindustrie im Jahre aufbringt.

Wozu gründen sich derartige eindrucksvolle Behauptungen? Da statistische Angaben weder für die Milchproduktion noch für die gemauerte Produktion der deutschen Textilindustrie vorliegen, handelt es sich nur um sehr willkürliche Schätzungen.

Man sollte daher in landwirtschaftlichen Kreisen mit scheinbar flüchtigen Betrachtungen etwas vorsichtiger sein. So wenig man in industriellen Kreisen dazu geneigt ist, Wert und Bedeutung der deutschen Landwirtschaft zu unterschätzen, so sehr wird man sich auch gegen eine Unterschätzung der industriellen Produktion gegenüber der landwirtschaftlichen verwahren müssen.

Arbeiterentlassungen in Kiel.

(Wiedung unseres Berliner Bureau.)

Berlin, 11. März.
H. Nicht nur die kaiserliche Werk, sondern auch die Germaniawerft in Kiel steht sich zu umfangreichen Arbeiterentlassungen genötigt. Sobald das Linienloft „Rosa“ im April fertig abgeleitet wird, wird die Germaniawerft mehr als hundert Arbeiter entlassen, weil es ihr an größerer Arbeit fehlt.

Ungefähr 3000 Arbeiter der kaiserlichen Werk hielten gestern Abend eine Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die Zahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter weit über 500 betragen werde. Mit diesen 500 soll nur der Anfang gemacht werden. Die Veranlassung des Beschlusses, den Oberwerksdirektor und den Staatssekretär zu bitten, die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden herabzusetzen, die Überstunden abzusuchen und die Akkordarbeit zu besetzen. Dann würde es möglich sein, die Entlassungen zu vermeiden.

Warum der Plan einer amerikanischen Ausstellung vorläufig aufgegeben wurde.

Die wahren Gründe für die vorläufige Aufgabe des Planes einer amerikanischen Ausstellung in Berlin sind weder in der Besorgnis der deutschen Industrie und Geschäftswelt vor den Wirkungen einer wirtschaftlichen Inflation amerikanischer Aussteller, noch etwa in der von dem Staatssekretär des Innern abgegebenen Erklärung betreffs der Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für dieses Unternehmen zu suchen. Der eigentlich Grund für das Scheitern der Ausstellung, wie die „Zeitschrift für praktischen Maschinenbau“, die deutsche Ausgabe des „American Machinery“ erklärt, liegt vielmehr darin,

„daß die Beteiligung der amerikanischen Firmen an der Ausstellung trotz energischer Forderungen der Veranlassung ausserordentlich am wenigsten günstig für die Berliner der Maschinen- und besonders in der Werkzeugmaschinenindustrie war eine nennenswerte Beteiligung nicht zu verzagen.“

Nach vorliegenden Berichten hatte keine der großen amerikanischen Werkzeugmaschinen- und Werkzeugfabriken, die in Deutschland vertreten sind, beabsichtigt, an der Ausstellung teilzunehmen. Infolge der günstigen Konjunktur in Amerika sind die Werte derzeit voll beschäftigt und haben kein nennenswertes Interesse an verstärkter Exportförderung. Sofern bei amerikanischen Firmen Ausstellungsloft herrscht, ist diese, wie wir bestimmt erfahren können, durch die Weltausstellung in Brüssel vollkommen befriedigt. Es scheint, daß die Veranstalter der Ausstellung die Zeit unglücklich gewählt haben.“

Diese Auffassung entspricht gewiss den Tatsachen, ist doch auch die Stimmung in den amerikanischen Regierungskreisen dem Ausstellungsgedanken gegenüber nicht günstig geblieben. Wie bemerkt der Präsident des amer. inwärtigen Ausschusses für die Berliner amerik. Ausstellung dem deutschen Botschafter in Washington dem Grafen B. von Helldorf mitgeteilt hat, ist die amerikanische Regierung bereit, im Verein mit der deutschen Regierung das Unternehmen im Auge zu behalten und nach Möglichkeit zu fördern.

Parlamentarisches.

Die Lehrer und das Beamtenhaltungsrecht. Nach dem 3. Absatz hat mit Unterstützung der Mitglieder der freien konservativen Fraktion der Abgeordnetenhaus ein Gesetzesentwurf eingebracht, wonach die Vorschriften des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 1. August 1900 auch auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schuldverbandes, auf die Lehrerinnen der Schulsozialisten sowie der sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbänden und Stiftungen des öffentlichen Rechts Anwendung finden sollen.

Parteinachrichten.

Gegen den Bund der Landwirte.

Im Wahlkreis des Abgeordneten v. Oldenburg ist ein „Watersändlicher Wahlsverein“ gegründet worden, der sich gegen die herausfordernde Interessenpolitik der jetzigen Führer des Bundes der Landwirte wendet. Dem Herrn v. Oldenburg ist es auch andere Anzeichen sprechen darüber — nun doch gelungen, seinen eigenen Wahlkreis zu sprengen, und man kann es wirklich den Fähigkeiten und dem besonnenen künftigen Wählern nicht verdenken, wenn sie rot werden bei dem Gedanken, daß auf die Frage: wer hat denn diesen sonderbaren Heiligen in die Parlamente geschickt? immer die Antwort folgen muß: die Industriestadt Elbing und die soliditätlichen Bewohner der Glogatenering. Tausende der angesehenen Bürger des Wahlkreises haben sich sofort der Bewegung angeschlossen. Die Gefahr, daß das Mandat an den Sozialdemokraten fallen könnte, ist keineswegs vorhanden; vielmehr dürfte es in Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten kommen. Die Möglichkeit aber ist vorhanden, daß Herr v. Oldenburg zum letzten Male der Abgeordnete für Elbing ist.

Dementiertes Dementi. Zu dem Empfang der sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann und Südeum im auswärtigen Amt, die vom Abg. Scheidemann gefahren dementiert wurde, schreibt der „Hann. Kurier“: „Wir können, da uns die Rede Scheidemanns im Wortlaut nicht vorliegt, nicht feststellen, ob sich Scheidemann auf Nebenbegriffen unserer Meldung verließ. Nach Lage der Dinge stellen wir fest, daß der Abg. Südeum aus getrenntem Interesse, daß der Empfang der beiden Abgeordneten stattgefunden habe.“

Schule.

Altersvorschrift für die Lehrerinnenprüfung.

Bei der Anmeldung zur Prüfung als Lehrerin an einer höheren oder niederen Schule mußte bis zum vorigen Jahre der Nachweis der Vollendung des neunzehnten Lebensjahres erbracht werden. Diese Bedingung ist für Preußen durch Ministerialerlaß vom 30. November v. J. beseitigt worden. Die technischen Lehrerinnen sind dabei nicht besonders erwähnt. Es war daher fraglich, ob für diese an der alten Bestimmung festgehalten werde. Auf eine Anfrage antwortete das Kultusministerium, daß der besagte Erlaß auf die Zulassung zur Prüfung als Sprach-, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerin keine Anwendung finde, daß aber noch eine besondere Vorschrift für die betreffenden Prüfungen ergehen werde. Die Entscheidung ist jetzt erfolgt. Danach werden Damen, die beide Prüfungen nacheinander ablegen wollen, in Zukunft zur ersten bereits nach vollendetem 18. Lebensjahre zugelassen, während jedoch zum Eintritt in den öffentlichen Schuldienst noch wie vor die Vollendung des 19. Lebensjahres erforderlich ist.

Hierdurch ist die Ausgestaltung der Frauenschule klar gegeben. Die Schülerinnen treten nach dem Besuch der höheren Mädchenschule, also im allgemeinen nach vollendetem 16. Lebensjahre, in die untere Frauenklasse ein und nehmen an dem allgemeinen und vorwiegend wissenschaftlichen Unterricht teil. Im zweiten Jahr besuchen sie einen technischen Kursus, etwa zunächst den für künftige Handarbeitslehrerinnen, und legen am Schluß, also im Alter von 18 Jahren, die erste Prüfung ab. Das dritte Jahr dient der Ausbildung als Hauswirtschaftslehrerin. Am Schluß werden die meisten Schülerinnen das 19. Lebensjahr vollendet haben und daher gleichzeitig mit dem Zeugnis für Hauswirtschaftslehrender die Anstellungsbefähigung erhalten.

Kleine politische Nachrichten.

Der Entwurf über die Zuständigkeit des Reichsgerichts
Ist dem Reichstage erneut in berichtigter Form zugegangen, die durch ein Versehen der Kanzlei des Reichspräsidenten der Entwurf und die Begründung in der ersten Druckfassung fehlerhaft nach einem früheren Entwurf bearbeitet wurde. Nach dem neuen Entwurf hat der Bundesrat die Bearbeitung der Richterzahl von 7 auf 5 in den Semestern abgelehnt; es bleibt also bei der Befestigung von 7 Richtern.

Schutz von Werken der Literatur und Kunst.
Der Bundesrat erließte dem Entwurf des Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst seine Zustimmung.

Kein Defizit, sondern Ueberschuß.
In München ist eine funktionelle Broschüre erschienen, in der dem bayerischen Finanzminister nachgewiesen werden soll, daß seine Behauptung, der Abfluß der vergangenen bayerischen Finanzperiode 1908/09 habe ein unerwartetes Defizit von etwa 15 Millionen Mark gebracht, auf einem Irrtum beruhe. Rentamtmanngang in Bayern, der Verfasser dieser Schrift, auf die noch eingegangen sein wird, regnet im Gegenteil einen Ueberschuß von etwa 20 Millionen Mark heraus, so daß es möglich sein werde, beim Budget für 1910/11 ohne jede Erhöhung der Steuern und der Walschuldschulden auszukommen.

Feuerbestattung.
Eine Kommission der preussischen Feuerbestattungsvereine, bestehend aus den Herren Sanitätsrat Dr. Müller-Hagen und Rechtsanwalt Dr. Gernand-Röll — Schriftführer Dr. Lieberreich — Duisburg war verhandelt — hatte am Donnerstag Audienz bei den Ministern des Innern, des Kultus und der Justiz. Sie brachte die Wünsche der Freunde der Feuerbestattung auf baldige Zulassung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen im Wege der ministeriellen Verordnung oder der gesetzlichen Regelung zum Ausdruck. Die Minister nahmen die Ausführungen der Kommission mit großem Interesse entgegen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten
hält am 12. und 13. März d. J. im Motivhaus in Berlin seinen 4. ordentlichen Bundeskongress ab. Auf der reichhaltigen Tagesordnung stehen u. a.: „Die Bemerkung der zeitlichen technischen Arbeit“, sowie „Mittelgehälter für die technischen Privatangestellten“. Diese beiden Fragen interessieren die breite Öffentlichkeit, da die zeitliche technische Arbeit bei der Vervollständigung des technischen Berufs in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung so sehr herabgedrückt worden ist, daß sie vielfach in ihrer Erhaltung unter der Handarbeit rangiert. Bei dem hohen sozialen Repräsentationsanspruch, der obenhin vom technischen Privatangestellten verlangt wird, wird die Frage der Mittelgehälter zu einer Frage nach der Generalisierung des Existenzminimums für eine wichtige soziale Schicht unseres Volkes.

Der württembergische Verein für Mutterschutz
hat nach einer Forderung über die bekannten Vorgänge im Bund für Mutterschutz das Aussehen der bisherigen Bundesvorsitzenden als das beste Mittel zur engbündigen Lösung der Krisis erklärt und an die Berlegung des Wortes nach Brasilien die Hoffnung geknüpft, doch nimmer ein friedliches und geistliches Inkarnationsarbeiten besonders im Sinne des praktischen Mutterschutzes erzielt werde.

Die diesjährige Konferenz der Zentralkasse für Volkswohlfahrt findet vom 6. bis 8. Juni in Braunschweig statt, und zwar auf Einladung der Herzoglichen Regierung und der Stadt Hildesheim. Auf der Tagesordnung steht als erstes Thema, „Mittels und Organisationsfragen als Hilfsmittel der Wohlfahrt“ und der Gegenstand: „Als zweites Thema ist die Bekämpfung der Schuldlitteratur auf die Tagesordnung gesetzt. Hier handelt es sich um eine kritische Prüfung und Wertung der verschiedenen bisher ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen aus der Erkenntnis des Wesens und der Aufgabe der Wohlfahrtswerkarbeit heraus, sowie um die Auffstellung allgemeiner Forderungen. Ebenso wie im vorigen Jahre wird sich auch diesmal an die Tagung eine Spezialkonferenz von Jugendvereinsleitern anschließen, in der die Vereinsleiter über die augenblicklich besonders interessierende Frage der Forderung von Turnen, Spiel und Wandern in den Jugendvereinen und an der Fortbildungsschule beraten sollen.

Kein deutsch-spanischer Handelsvertrag.
In Interessentenzweilen wird jetzt vielfach angenommen, daß die spanische Regierung beschlossene, demnächst Vertragsverhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen. Wie jedoch berichtet wird, ist eine entsprechende Anregung von spanischer Seite bisher nicht erfolgt. Es dürfte also in absehbarer Zeit nicht erfolgen, daß das jetzige spanische Kabinett in den Cortes keine Mehrheit für einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland oder einem anderen Industrieresteat besteht.

Heer und Flotte.

Eine kaiserliche Militärakademie in Bayern. Der bisherige Operationskursus für Militärärzte in München ist

aus Anlaß seines fünfzigjährigen Bestehens auf dem Wege der Verordnung zur Militärakademie mit dem Range einer Hochschule erhoben worden.

Ausland.

Zum Code Inegers.

Luegers Leiche wurde gestern zu Wien in der Hofkapelle des Rathauses aufgebahrt. Von heute früh an erhält das Publikum Zutritt zu dem Saale. Eine Kommission des Stadt- und Gemeinderats wird zur besonderen Erörterung des verstorbenen Bürgermeisters folgende Anträge stellen: Errichtung eines Lueger-Denkmal in dem Rathause, Aufmauerung der Leiche in der Dr. Karl Luegerstraße, Benennung der neu zu erbauenden Dombaustraße als Dr. Karl Luegerstraße u. s. w. Die Kommission schlägt die Zahl der bei dem bevorstehenden Leichenbegängnis beteiligten Personen auf ca. eine Million. Polizei wird zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kommandiert werden. Der deutsche Botschafter von Tschirschky erschien gestern im Rathause, um anlässlich des Hinscheidens des Bürgermeisters sein Beileid auszubringen. Er teilte gleichzeitig mit, daß er von Kaiser Wilhelm beauftragt sei, diesen bei der Leichenfeier zu vertreten.

Wien, 11. März. An der Leiche Luegers hatten heute ab die Chazierten der katholischen Studentenvereinigungen, die Deutschmeisterhörschulen und das Wiener Schützengruppen die Ehrenwache. Als Sterbegelode für den Bürgermeister wurde in der Stefanstraße die „Hummerin“ geklärt, eine Hiesigkloche, die aus dem Jahre bei der zweiten Türkenbelagerung Wiens 1683 erbortenen kirchlichen Kanonen gegossen ist. Die Glocke wird nur beim Tod von Kardinalen und Mitgliedern des kaiserlichen Hofes gekläut. Das ganze Jahr über ist sie sonst außer Gebrauch, da sie so gewaltig ist, daß man noch ihre Erschütterungen eine Gefahr für den Turm der Kirche befürchtet. Gestern nachmittag hatte Bürgermeister Hierhammer die Vertreter der Wiener Blätter im Rathause eingeladen, von Seiten Bürgermeisters Abschied zu nehmen. Er führte die Journalisten in das fast primitiv eingerichtete Sterbegemach. Die Trauergeräte waren erschüttert über die furchtbare Veränderung, die der Tod in dem markanten Gesichtsausdruck Dr. Luegers hervorgerufen hat. Zu Säulen des Toten steht ein Kreuzstein, das mit einem verglitzten Kranz geschmückt ist. Es ist der Hochzeitskranz der Mutter Dr. Luegers, den der Bürgermeister getriebens als Reliquie aufbewahrt.

Die Millionennunterschieße des Liquidators.

— Nach dem in Frankreich bestehenden Gesetze über Rechte und Pflichten der Ministerialbeamten können Dutz die Eigenschaften einer Amtsperson nicht zugeprochen werden. Infolgedessen entzieht sich sein vererbterliches Erbe dem Erben durch das Schwurgericht, in dessen Kompetenz nur die von Notaren, Prokuratoren, Wechselmaklern und Gerichtsvollziehern beanagten Verurteilungen fallen. Diese fonderbare Gesetzeslücke, derzufolge die über Millionen verfügbaren Liquidatoren nur als bevorrechtigte Privatpersonen anzusehen sind, obwohl sie für den Reichtum des Staates die wichtigsten Geschäfte abwickeln, wird man jetzt ausfüllen suchen. Aber Dutz profitiert noch vom Buchstaben des Gesetzes und kommt vor das Polizeigericht. Die erneuerten Forderungen durch Dutz und seinen Angehörigen schickten keine nennenswerten Ergebnisse. Der beim Hause des Millionendankendankanten lammeten sich, während die Hausführung vorgenommen wurde, eine dreifache Menge an Mann erwartet für heute eine bewegte Kammerung infolge der Interpellation des Abgeordneten Jaurès.

Die Tyrannei der orientalischen Militärliiga.

— Die Nachrichten, die in den letzten Tagen aus Griechenland eingetroffen sind, haben deutlich erkennen lassen, daß auch das erst seit kurzer Zeit am Ruder befindliche Ministerium Dragumis an den alten Schwierigkeiten mit dem Militärverband zu scheitern droht. Die Offiziersvereinigung fordert mit unerbittlichem Nachdruck die schnellste Durchföhrung der von ihr nötig gehaltenen Reformen, so z. B. die Entzignung einer Zahl hiesiger falliger Großgrundbesitzer, um deren Land an die Bauern zu verteilen. Das Kabinett Dragumis dagegen sieht sich wie alle seine Vorgänger außerstande, diese Forderungen zu erfüllen, weil es an Geld fehlt und wichtige Dinge sich nicht über Nacht beseitigen lassen. Nicht nur die Militärliiga, die die Kräfte in Händen hat, nicht nach, so muß das Kabinett abtreten, und die Krisis ist wieder in alter Stärke da.

Im Militärbund hat in letzter Zeit die Zahl der Gegner der Auflösung des Bundes stark zugenommen. Der Einfluss von Zorbas ist bedeutend zurückgegangen. Der Ausdruck dieser Tatsache ist die Wille der zum Teil oben gekennzeichneten neuesten Forderungen des Bundes, deren Erfüllung größtenteils unmöglich ist. Die Lage ist sehr bedenklich. Die Truppen haben kein fernere Verbleib. Man hofft, daß die Regierung noch einen Ausweg aus der Verwicklung finden wird; wenn nicht, ist ihre Abwanderung und Erhebung durch Benafellos wahrscheinlich.

Sturmische Szenen in Korrika.

In Ajaccio (Korsika) haben sich gestern Abend außerordentlich heftige Zwischenfälle ereignet, bei denen Redol verschüffe aus der erregten Volksmenge abgeben wurden. Ueber die Ursachen der Unruhen wird folgendes bekannt: Eine große Volksmenge wohnte einer Truppenparade bei. Dabei wurde eine Truppenkolonne durch das Bordringen von Zivilpersonen unterbrochen. Der Offizier verlor sich mehrmals verzecht, die Menge zu rüchdrängen. Schließlich rief er: „Man kann noch mehr ererbmtlichen Kolaten nichts machen!“ Diese Verurteilung vorbereitete sich ungeheuer schnell und brachte die Volksmenge in große Wut.

Um 7 Uhr abends organisierte die Bevölkerung eine Kundgebung. Ungefähr 10 000 Personen durchzogen die Straßen der Stadt und riefen: „Es lebe Korsika, nieder mit dem Kommandanten!“ Das Gesandte des Kommandanten war militärisch bewacht. Aus der Mitte der erregten Volksmenge wurde plötzlich gegen

